Ä7 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in:	David Missal (KV Berlin-Pankow)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 26 bis 31:
Mechanismus entwickeln, der Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt verwehrt. ~~Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt.~~Gleichzeitig muss ein europäisches Lieferkettengesetz Unternehmen aus der Europäischen Union für ihre Produkte in Haftung nehmen, auch wenn diese nicht für die Europäische Union bestimmt sind.. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-

Begründung

Zusätzlich zum Importstopp-Mechanismus ist ein Lieferkettengesetz wichtig, da dieses auch Anwendung auf Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten europäischer Unternehmen findet, selbst wenn deren Produkte nicht in der EU landen.